

14.12.2017

# **Beschlussempfehlung und Bericht**

## **des Haushalts- und Finanzausschusses**

zu dem Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
- Drucksache 17/800 -

2. Lesung

### **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018)**

Einzelplan 11 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

**Berichterstatlerin**

Abgeordnete Heike Gebhard

### **Beschlussempfehlung**

Der Entwurf des Einzelplans 11 wird in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses angenommen.

Datum des Originals: 14.12.2017/Ausgegeben: 16.12.2017

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter <a href="http://www.landtag.nrw.de">www.landtag.nrw.de</a>
--



## Bericht

### **A Beratungsergebnis des Fachausschusses**

Der Entwurf des Einzelplans 11 wurde vom

- Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales Vorlage 17/385

beraten. Zusätzliche Erläuterungen zum Einzelplan 11 lagen zu den Beratungen mit der Vorlage 17/260 vor.

Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat in seinen Sitzungen am 22. November 2017 beraten und am 6. Dezember 2017 abschließend beraten und abgestimmt. Dort lagen zwei Änderungsanträge der SPD-Fraktion zur Abstimmung vor. In der abschließenden Abstimmung über den Einzelplan 11 votierte der Fachausschuss mit den Stimmen CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion der AfD für eine unveränderte Annahme.

### **B Ergebnisse des Berichterstattergesprächs**

Die Berichterstatter des Haushalts- und Finanzausschusses haben sich mit dem Entwurf des Einzelplans 11 befasst. Das Ergebnis der Beratungen ergibt sich aus der Vorlage 17/377.

### **C Votum des Unterausschusses Personal**

Das für alle Einzelpläne zusammengefasste Ergebnis der Beratung des Personaletats im Unterausschuss Personal ist der Vorlage 17/400 zu entnehmen. Der Unterausschuss Personal hat sein Votum zum Personaletat in seiner Sitzung am 12. Dezember 2017 abgegeben.

Änderungsanträge zum Einzelplan 11 lagen im Unterausschuss Personal nicht vor. Der Personaletat zum Einzelplan 11 wurde im Unterausschuss Personal mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der AfD-Fraktion unverändert angenommen.

### **D Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss**

Das Ergebnis der Beratungen einzelplanübergreifender Anträge ist dem Bericht zum Einzelplan 20 - Drucksache 17/1515 - zu entnehmen. Das Ergebnis der Beratungen zum Haushaltsgesetz (Text) ergibt sich aus Vorlage 17/1500.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat sich am 14. Dezember 2017 abschließend mit dem Entwurf des Einzelplans 11 befasst. Dort lagen drei Änderungsanträge der Fraktionen von CDU und FDP sowie zwei Änderungsanträge der SPD-Fraktion zur Abstimmung vor. Die Abstimmungsergebnisse und das Abstimmungsverhalten der Fraktionen ergeben sich aus dem Anhang. Ein mündlich gestellter Antrag zur Veränderung des Antrags der Koalitionsfraktionen zu Kapitel 11 042, Titelgruppe 95, Titel 686 95, ist im Anhang, ebenfalls mit Abstimmungsergebnis und Abstimmungsverhalten der Fraktionen dargestellt.

**E Abstimmung**

In der abschließenden Abstimmung zur 2. Lesung wurde der Entwurf des Einzelplans 11 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der AfD-Fraktion in der zuvor geänderten Fassung **angenommen**.

Martin Börschel  
Vorsitzender

Anhang: 3 Änderungsanträge der Fraktionen von CDU und FDP  
2 Änderungsanträge der Fraktion der SPD sowie  
1 mündlicher Änderungsantrag zu einem Antrag der Koalitionsfraktionen

Anlage: Veränderungsnachweis des Finanzministeriums  
Änderungen in den Haushaltsansätzen

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 11  
zum Haushaltsgesetz 2018**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	CDU FDP	<p><b>Kapitel 11 042 Sozialpolitische Maßnahmen und Bekämpfung von Armut</b></p> <p><b>Neuer Haushaltstitel Titel 681 20 Hilfe in besonderen Fällen</b></p> <p><b>Baransatz 2018</b> <span style="float: right;"><b>Ansatz lt. HH 2017</b></span></p> <p>Von <span style="float: right;">0 Euro</span> <span style="float: right;">0 Euro</span>  um <span style="float: right;">100.000 Euro</span>  auf <span style="float: right;">100.000 Euro</span></p> <p><b>Haushaltsvermerke</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Aus dem Titel können auch Entschädigungen und Unterstützungsleistungen aus Billigkeitsgründen geleistet werden.</li> <li>2. Die Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titelgruppe 95 überschritten werden.</li> </ol> <p><b>Begründung:</b>  Die Mittel sind für Hilfs- und Unterstützungsleistungen in besonderen Fällen gedacht. Aktuell klagen Nebenklägerinnen und -kläger des Loveparade-Prozesses über die teilweise enormen Aufwendungen für Reise- und Unterkunftskosten, die mit der Prozessteilnahme verbunden sind. Mit den Mitteln sollen die Nebenklägerinnen und -kläger unbürokratisch unterstützt werden, um den Prozess an ausgewählten Tagen verfolgen zu können.</p>	<p><b>angenommen</b></p> <p>CDU ja  SPD ja  FDP ja  GRÜNE ja  AfD nein</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 11  
zum Haushaltsgesetz 2018**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																
	CDU FDP	<p><b>Kapitel 11 042 Sozialpolitische Maßnahmen und Bekämpfung von Armut</b></p> <p><b>Titelgruppe 95 Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung</b></p> <p><b>Titel 686 95 Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"><b>2018</b></td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2017</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>4.270.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">4.270.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>100.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>4.370.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Durch die Erhöhung des Ansatzes soll sichergestellt werden, dass Menschen, die in der kalten Jahreszeit ohne Wohnung und Obdach sind, nicht im Freien übernachten müssen oder sogar gesundheitlich beeinträchtigt werden. Die Kältebus-Mitarbeiter sollen in Großstädten die Obdachlosen aufsuchen und ihnen neben Gesprächen und Hilfen bei der Aufsuchung einer Notschlafstätte auch heiße Getränke, Kleidung oder einen Schlafsack anbieten können.</p>	<b>2018</b>		<b>Ansatz lt. HH 2017</b>	von	4.270.000 Euro	4.270.000 Euro	um	100.000 Euro		auf	4.370.000 Euro		<p>a) Mündlicher Änderungsantrag der SPD-Fraktion, den Baransatz um insgesamt 1.000.000 Euro (um zusätzlich 900.000 Euro) zu erhöhen <b>abgelehnt:</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AfD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table> <p>b) Antrag CDU und FDP <b>einstimmig angenommen:</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AfD</td><td style="text-align: right;">Enth.</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	nein	CDU	ja	SPD	ja	FDP	ja	GRÜNE	ja	AfD	Enth.
<b>2018</b>		<b>Ansatz lt. HH 2017</b>																																	
von	4.270.000 Euro	4.270.000 Euro																																	
um	100.000 Euro																																		
auf	4.370.000 Euro																																		
CDU	nein																																		
SPD	ja																																		
FDP	nein																																		
GRÜNE	ja																																		
AfD	nein																																		
CDU	ja																																		
SPD	ja																																		
FDP	ja																																		
GRÜNE	ja																																		
AfD	Enth.																																		

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 11  
zum Haushaltsgesetz 2018**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	CDU FDP	<p><b>Kapitel 11 042</b>                      <b>Sozialpolitische Maßnahmen und Bekämpfung von Armut</b></p> <p><b>Titelgruppe 95</b>                      <b>Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung</b></p> <p><b>Einrichtung eines neuen Haushaltsvermerks</b> 4. Siehe Haushaltsvermerk Nr. 2 bei Titel 681 20.</p> <p><b>Begründung:</b> Siehe Antrag zur Einrichtung eines neuen Titels 681 20.</p>	<p><b>einstimmig angenommen</b></p> <p>CDU        ja SPD        ja FDP        ja GRÜNE    ja AfD        Enth.</p>

zum Haushaltsgesetz 2018

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	SPD	<p><b>Kapitel 11 070 Krankenhausförderung</b></p> <p><b>333 11 Beteiligung der Gemeinden und Gemeindeverbände an den förderfähigen Investitionsmaßnahmen nach § 9 Abs. 1 Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG Bund)</b></p> <p><b>Absenkung des Baransatzes</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2018</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2017</b></td> </tr> <tr> <td>von 232.413.300 Euro</td> <td style="text-align: right;">212.680.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 116.206.650 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 116.206.650 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Mit der Absenkung des kommunalen Anteils an den förderfähigen Investitionsmaßnahmen nach § 9 Abs. 1 KHG von derzeit 40 Prozent auf künftig nur noch 20 Prozent werden die Gemeinden in Nordrhein-Westfalen ab dem Jahr 2018 dauerhaft im Bereich der Krankenhausinvestitionen entlastet.</p>	<b>2018</b>	<b>Ansatz lt. HH 2017</b>	von 232.413.300 Euro	212.680.000 Euro	um 116.206.650 Euro		auf 116.206.650 Euro		<p><b>Votum des AGS (06.12.2017)</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">Enthaltung</td></tr> <tr><td>AfD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table> <p>Abstimmung HFA</p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">Enthaltung</td></tr> <tr><td>AfD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	Enthaltung	AfD	nein	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	Enthaltung	AfD	nein
<b>2018</b>	<b>Ansatz lt. HH 2017</b>																														
von 232.413.300 Euro	212.680.000 Euro																														
um 116.206.650 Euro																															
auf 116.206.650 Euro																															
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	Enthaltung																														
AfD	nein																														
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	Enthaltung																														
AfD	nein																														



## **Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 2018**

### **Einzelplan 11:      **Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales****

Der nachfolgende Veränderungsnachweis basiert auf den Haushaltsansätzen bzw. den Stellenplänen und Stellenübersichten des Haushaltsentwurfs 2018 (Drucksache 17/800).

**Veränderungsnachweis**  
**Haushaltsplan**  
**für den Geschäftsbereich**  
**des Ministeriums für Arbeit,**  
**Gesundheit und Soziales**  
**für das Haushaltsjahr**  
**2018**

**Kapitel 11 042**  
**Sozialpolitische Maßnahmen und Bekämpfung von Armut**

## Veränderungsnachweis

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2018 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2018 EUR
------------------	--	---	--------------------------------------	--

**11 042 Sozialpolitische Maßnahmen  
und Bekämpfung von Armut**
**A u s g a b e n**
**Zuweisungen und Zuschüsse  
(ohne Ausgaben für Investitionen)**

n e u

<b>681 20 291</b>	<b>Hilfe in besonderen Fällen. . . . .</b>	—	<b>+100 000</b>	<b>100 000</b>
<i>neuer Vermerk:</i>	1. Aus dem Titel können auch Entschädigungen und Unterstützungsleistungen aus Billigkeitsgründen geleistet werden.			
<i>neuer Vermerk:</i>	2. Die Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titelgruppe 95 überschritten werden.			

**Titelgruppen**

Titelgruppe 95

Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung

*neuer Vermerk:* 4. Siehe Haushaltsvermerk Nr. 2 bei Titel 681 20.

<b>686 95 291</b>	<b>Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke. . . . .</b>	<b>4 270 000</b>	<b>+100 000</b>	<b>4 370 000</b>
	<b>Summe Titelgruppe 95. . . . .</b>	<b>5 430 600</b>	<b>+100 000</b>	<b>5 530 600</b>
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 11 042. . . . .</b>	<b>38 294 100</b>	<b>+200 000</b>	<b>38 494 100</b>
	<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 11 042. . . . .</b>	<b>4 800 000</b>	<b>—</b>	<b>4 800 000</b>

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2018 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2018 EUR
<b>Gesamteinnahmen</b> .....		4 227 402 300	—	4 227 402 300
<b>Gesamtausgaben</b> .....		6 075 743 700	+200 000	6 075 943 700
<b>Verpflichtungsermächtigungen</b> .....		602 292 700	—	602 292 700

	PERSONALABSCHLUSS	Bisherige Stellenzahl 2018	mehr (+) / weniger (-)	Neue Stellenzahl 2018
<b>Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter</b> .....		467	—	467
<b>Richterinnen und Richter auf Probe</b> .....		—	—	—
<b>Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b> .....		960	—	960
<b>Summe</b> .....		1 427	—	1 427